Antrag

der Fraktion der Föderalistischen Union (BP-Z)

betr. Ausübung der Fischerei durch Angehörige der Besatzungsmacht.

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht, Verhandlungen mit der Alliierten Hohen Kommission aufzunehmen mit dem Ziele, in der Ausübung der Fischerei durch Angehörige der Besatzungsmacht zu erreichen, daß unter allen Umständen der deutsche Rechtsstandpunkt hinsichtlich Anerkennung des privaten Eigentums gewährleistet wird und die von den jeweiligen Ländern erlassenen Fischereigesetze, insbesondere hinsichtlich Schonzeit und Mindestmaß der Fischarten, auch für die Besatzungsangehörigen bindend werden.

Für die Ausübung der Fischerei durch die Besatzungsangehörigen ist die Ausgabe von Fischerei-Erlaubnisscheinen und die Kontrolle entprechend zu regeln.

Bonn, den 14. Februar 1952

Eichner
Lampl
Mayerhofer
Dr. Reismann
Pannenbecker
Wartner
Dr. Besold

Dr. Decker und Fraktion